

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe** die **Beratung** und stelle fest, daß damit die **Große Anfrage 10** der Fraktion der CDU **erledigt** ist.

Wir stimmen dann über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/3506** ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - CDU-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

9 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/3422

Beschlußempfehlung
des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen
Drucksache 12/3481

zweite Lesung

(B)

Ich **eröffne** die **Beratung** und weise darauf hin, daß nach einer Vereinbarung im Hause dieser Punkt ohne Debatte behandelt werden soll. Ist dem so? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann **schließe** ich die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 12/3481, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer ist für diese Beschlußempfehlung? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 12/3422** in zweiter Lesung mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **verabschiedet** worden.

Ich rufe auf:

10 Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes und damit in Zusammenhang stehender Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/3143

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung
Drucksache 12/3482

zweite Lesung

Ich weise auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Drucksache 12/3496** und auf den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3498** hin.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile das Wort dem Kollegen Dr. Kasperek für die SPD-Fraktion.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist heute schon ein wichtiger Tag: die Entscheidung über das Landesabfallgesetz in Nordrhein-Westfalen. Es geht um wichtige Entscheidungen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Kommunen. Dieses Landesabfallgesetz ist aber auch ein zentraler Baustein unserer vorsorgenden Umweltpolitik.

Was wollen wir? Wir wollen ökologische zukunftsfähige Abfallwirtschaft, Sicherheit und Selbstverwaltung für die Kommunen, verträgliche Gebühren und die Nutzung der ökonomischen Potentiale der Abfallwirtschaft.

Erstens: Das Gesetz realisiert diese Ziele. Das Gesetz stellt Nachhaltigkeit her. Was heißt für uns "Nachhaltigkeit" in der Abfallwirtschaft? Wir setzen und halten die ökologischen Standards durch Schadstoffzerstörung und durch nachsorgearme Deponierung. Also, wir lösen unsere Pro-

(C)

(D)